

# FLÜCHTLINGSRAT HAMBURG

**Offenes Plenum für antirassistische Arbeit**

**Flüchtlingsrat Hamburg e.V.**

Nernstweg 32-34 22765 Hamburg 3. Stock

Tel: 040 – 431 587

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Büroöffnungszeiten:

Mo., Di. 10:00 – 13:00 Uhr

Do. 14:00 – 18:00 Uhr

**Presseerklärung  
18.08.2021**

## **Aufnahme besonders gefährdeter Afghan\*innen jetzt!**

### **Flüchtlingsrat begrüßt das geplante Afghanistan-Landesaufnahmeprogramm Hamburgs**

Die Taliban haben am 15.8.2021 die Macht in Afghanistan übernommen. Afghanistan bleibt das gefährlichste Land der Welt. Die ökonomische Situation, die Lebensmittelversorgung und die Sicherheitslage sind desaströs. Die Alliierten verlassen das Land Hals über Kopf. Zurück bleibt die Zivilbevölkerung in Panik.

Der Bund erklärt leutselig, die Situation im Land wohl falsch eingeschätzt zu haben. Tatsächlich wurde in vollkommener Verkennung der Realität auf Basis geschönter Lageberichte des Auswärtigen Amtes bis zuletzt an der Politik der Abschiebungen nach Afghanistan festgehalten, der Familiennachzug verschleppt und die rechtzeitige Evakuierung aller Ortskräfte von Bundeswehr, von zivilen Subunternehmen und NGOs und ihrer Familienangehörigen versäumt.

Das Asyl-Bundesamt (BAMF) hat bis zuletzt Asylanträge unter Verweis auf die angebliche interne Fluchtalternative Kabul als offensichtlich unbegründet abgelehnt und jetzt - angesichts der nunmehr von den Taliban überall im Land ausgehenden lückenlosen Gefährdungen - anstatt die Anerkennungsquote zu erhöhen, die Bearbeitung der Asylverfahren ganz ausgesetzt. Der Flüchtlingsrat Hamburg protestiert gegen diesen grundrechtswidrigen Missbrauch des Asylgesetzes zulasten der Schutzbedürftigen.

Wie aus einem Artikel des Hamburger Abendblatts vom 18.8.2021 hervorgeht, hat sich die Hansestadt Hamburg laut Twitter-Nachricht des Hamburger Bürgermeisters Peter Tschentscher vom Montag Abend bereit erklärt, „unmittelbar und unbürokratisch 200 Gerettete aufzunehmen“, wobei Senatssprecher Marcel Schweitzer in einer Mitteilung verlauten ließ: „Wenn es ein paar mehr sind, dann geht das auch noch. .. Eine Obergrenze sei nicht diskutiert worden. .. Es handelt sich nicht nur um Ortskräfte, sondern um Menschen, die aus Afghanistan gerettet wurden.“ In einer Twitter-Nachricht von Dienstag teile Herr Tschentscher mit: „Die Bundeswehr ist unterwegs, um bis zu 250 Gerettete aus Afghanistan mit 13 Bussen vom Frankfurter Flughafen in die Erstaufnahme nach Hamburg zu bringen“.

„Wir begrüßen diese Initiative Hamburgs, sind jedoch, der Meinung, dass Hamburg deutlich mehr Platz für die Aufnahme aus Afghanistan flüchtender Menschen hat, als die 250 Menschen, die bisher im Gespräch sind“, erklärt Franz Forstmann vom Flüchtlingsrat Hamburg. Der Flüchtlingsrat Hamburg fordert den Hamburger Senat zudem dazu auf, sich auf Bundesebene, wie das bereits das Land Schleswig-Holstein getan hat, dafür einzusetzen, bzgl. der Ortskräfte den Kreis der infrage kommenden Menschen mit Blick auf potenziell Gefährdete großzügiger auszulegen. In besonderer Not sind Menschenrechtler\*innen, Frauenrechtsaktivistinnen, Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten, Helfer\*innen von Journalist\*innen, Künstler\*innen sowie Lehrer\*innen und ihre Familien.

Was ist darüber hinaus möglich zu tun?

Der Flüchtlingsrat Hamburg appelliert an den Hamburger Senat, jetzt:

- allen im Bundesland bis dato nur geduldeten Afghan\*innen anstelle von Kettenduldungen wegen der offensichtlichen Unmöglichkeit der Rückkehr eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis zu erteilen,
- die schnelle und unbürokratische Aufnahme aller Familienangehörigen hier lebender Geflüchteter sicherzustellen, auch derjenigen Angehörigen, die sich eigenständig auf den Weg nach Deutschland gemacht haben und nun in anderen EU-Ländern (z.B. Griechenland oder vor den EU-Grenzen (z.B. in Bosnien) festsitzen.
- sich beim Bund und den anderen Bundesländern für eine bundesweite Bleiberechtsregelung für geduldete Afghan\*innen einsetzen,
- sich beim Bund für eine schnelle und unbürokratische Aufnahme aller Ortskräfte der Bundeswehr und weiterer deutscher Institutionen und ihrer Familien einzusetzen, einschließlich der über Subunternehmen eingesetzten Ortskräfte, auch wenn ihre Tätigkeit länger zurückliegt, und
- sich beim Bund für eine zeitnahe Überprüfung der offenkundig fehlerhaften Asylablehnungen durch das BAMF und die sofortige Wiederaufnahme der Asylverfahren einzusetzen,
- sich beim Bund dafür einzusetzen, sichere Fluchtwege für gefährdete Afghan\*innen zu schaffen. Es braucht jetzt sichere und legale Fluchtwege für alle Menschen in Afghanistan, die das Land verlassen wollen oder müssen. Es müssen alle deutschen Botschaften für Bearbeitungen von Visumsanträgen afghanischer Staatsangehöriger für zuständig erklärt werden. Da es jederzeit zu spät sein kann, um noch aus Afghanistan herauszukommen, ist es nicht zumutbar, dass Menschen, die in Afghanistan ausharren, ein langwieriges Visumsverfahren durchlaufen müssen. Deshalb muss für diese Personen von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit ( § 6 IV iVm § 14 II AufenthG) Gebrauch gemacht werden, dass Ausnahme-Visa bei der Einreise nach Deutschland erteilt werden.

Der Flüchtlingsrat Hamburg ruft auf, sich an der Demonstration "Solidarität mit der afghanischen Bevölkerung - Für Bleiberecht und sichere Fluchtwege", zu der die Flüchtlingsorganisation "Seebrücke Hamburg" für Sonntag, 17 Uhr, Auftaktkundgebung Jungfernstieg, einlädt, zu beteiligen.

Flüchtlingsrat Hamburg

i.A. Franz Forsmann